

MARTIN DOLEZAL

Der Konflikt um die 380-kV-Leitung in Salzburg

Formen der Politisierung in der Wahlarena und der Protestarena

1. EINLEITUNG

Der Konflikt um die Errichtung einer 380-kV-Hochspannungsleitung quer durch das Bundesland Salzburg als Teil eines österreichweiten Hochspannungsringes zählte in den vergangenen Jahren zu den umstrittensten Themen der Landespolitik. Die Auseinandersetzung zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen des „Salzburgleitung“ genannten Infrastrukturprojekts erfolgte in verschiedenen politischen Arenen und wurde zuletzt durch juristische Entscheidungen im Sinne des Projektbetreibers, der Austrian Power Grid (APG), beendet. Am 20.10.2020 veröffentlichte der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) seinen fünf Tage zuvor getroffenen Beschluss, wonach Einsprüche gegen die bereits vorhandene Genehmigung der Salzburgleitung unbegründet seien (Paulitsch 2021; Verwaltungsgerichtshof 2020).

Der vorliegende Beitrag knüpft an zwei frühere im Salzburger Jahrbuch veröffentlichte Beiträge an (Pausch 2020; Thalmayr 2010) und analysiert den Konflikt aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive. Das zentrale Interesse gilt dabei der Wahlarena und der Protestarena als zwei zentralen Orten der Austragung politischer Konflikte. Während die Hochspannungsleitung bei Wahlen nur eine geringe Rolle spielte, standen Proteste zivilgesellschaftlicher AkteurInnen vor allem in der letzten Phase des Konflikts im Zentrum der Auseinandersetzung.

Politische Konflikte wie der Streit um die Errichtung der Salzburgleitung werden sowohl innerhalb als auch außerhalb der institutionalisierten Politik geführt. Der Ort der Auseinandersetzung bestimmt die relative Bedeutung der beteiligten AkteurInnen, aber auch die typische Form, in der sich einzelne BürgerInnen beteiligen können. Lange Zeit galt Österreich als Paradebeispiel eines politischen Systems, in dem politische Streitfragen in erster Linie im Bereich der institutionalisierten Politik ausverhandelt werden (z. B. Plasser/Seeber 2017). Parteien und ihnen nahestehende Verbände spielen in einem solchen System eine dominante Rolle. Die in der Wahlarena operierenden Parteien nehmen aktuelle Streitfragen in ihr programmatisches Angebot auf, sei es aus ideologischer Überzeugung oder aus strategischem Kalkül, und werben

damit um Stimmen. Können sich Parteien intern auf keine gemeinsame Position einigen, versuchen sie, das Thema in der öffentlichen Debatte zu vermeiden (vgl. Steenbergen/Scott 2004). Die BürgerInnen beeinflussen oder treffen Entscheidungen über einzelne Streitfragen in dieser Arena nicht direkt, sondern indirekt über ihre bei Wahlen ausgedrückte Präferenz für ein bestimmtes programmatisches, aber auch personelles „Paket“.

Neben den in Österreich auch auf regionaler Ebene wichtiger gewordenen direktdemokratischen Entscheidungsverfahren, bei denen erneut die Parteien eine zentrale Rolle spielen (Dolezal 2020), haben in den vergangenen Jahrzehnten zivilgesellschaftliche AkteurInnen und Formen der Partizipation jenseits institutionalisierter, staatlich-kontrollierter Kanäle ohne Zweifel an Bedeutung gewonnen. Auch in Österreich lässt sich, zumindest in Ansätzen, ein Wandel von einem „Parteienstaat“ in Richtung einer „Bewegungsgesellschaft“ konstatieren (Dolezal 2019). Innerhalb der österreichischen Protestarena, die als Summe nicht-institutionalisierter Partizipationsformen verstanden werden kann, nehmen Konflikte um Infrastrukturprojekte und allgemein der Bereich Umweltschutz eine dominante Rolle ein (Dolezal 2021). Der Widerstand gegen die Salzburgleitung, zunächst gegen das Projekt an sich, in weiterer Folge vor allem gegen die Errichtung einer Freileitung anstelle der von den GegnerInnen geforderten Erdkabellösung, ist ein prägnantes Beispiel dieser generellen, auch im Bundesland Salzburg beobachtbaren Entwicklung (Bahtić-Kunrath/Wally 2020).

Nach einem kurzen chronologischen Abriss der Auseinandersetzung richtet sich der Fokus des vorliegenden Beitrags zunächst auf zwei relevante Rahmenbedingungen, die für den Grad der Politisierung eines Themas bedeutend sind: die öffentliche Meinung sowie das Ausmaß und die Ausrichtung der medialen Berichterstattung. Anschließend wird die Auseinandersetzung um die Hochspannungsleitung sowohl in der elektoralen als auch in der Protestarena analysiert. Die Ergebnisse zeigen eine reduzierte Rolle des Konflikts in der Wahlarena als Folge unklarer Positionierungen und einer bewussten Dethematisierung vor allem durch die – im Zeitverlauf zum Teil wechselnden – Regierungsparteien. Im Gegensatz dazu gab es in der Protestarena gerade in der Schlussphase des Konflikts eine starke Zunahme der Mobilisierung, die dennoch mit einer Niederlage der GegnerInnen des Projekts endete.

2. DER KONFLIKT UM DIE SALZBURGLEITUNG: EIN CHRONOLOGISCHER ABRISS

Die nach dem für 2025 geplanten Endausbau (APG 2020, 50) über 174 km vom Netzknoten im oberösterreichischen St. Peter am Hart quer durch Salzburg bis zum Netzknoten Tauern bei Kaprun verlaufende Salzburgleitung ist Teil eines rund 1.500 km langen 380-kV-Hochspannungsringes, dessen Planung bis in die 1970er-Jahre zurückreicht. Nach der für 2030 in Kärnten anvisierten Fertigstellung soll die Ringleitung sowohl den überregionalen als auch den internationalen Energieaustausch erleichtern (APG 2020, 68). Der Projektbetreiber Austrian Power Grid (APG), eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Verbund AG, sieht die Salzburgleitung als notwendig für die stabile Stromversorgung des Landes, aber auch als „eines der zentralen Energiewendeprojekte der Republik“, mit dem die im Osten des Landes erzeugte Windenergie mit dem System der Pumpspeicherkraftwerke im alpinen Westen des Landes kombiniert wird (APG 2021). Neben der in den vergangenen Jahren immer stärker gewordenen ökologischen Argumentationslinie werden auch – zumindest indirekt – die vorgebrachten ästhetischen Einwände der ProjektgegnerInnen aufgegriffen, kommt es doch mit der fertiggestellten Leitung zu einer Reduktion um „65 Leitungskilometer und 229 Masten“ und damit zu einer „Infrastruktur-Bereinigung“ (APG 2021). Zu den klarsten BefürworterInnen zählten im Verlauf der Auseinandersetzung die Sozialpartner, vor allem die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung, aber auch die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer (Wirtschaftskammer Salzburg 2007; 2014). Gerade die Industriellenvereinigung kritisierte zuletzt immer vehementer eine zu lange Verfahrensdauer und forderte die rasche Umsetzung des Projekts (Hetz 2019).

Gegen das Projekt wurden ökologische, gesundheitliche, aber eben auch ästhetische Bedenken artikuliert, da die quer durch das Bundesland laufende Leitung von in der Regel zwischen 55 und 80 Meter hohen Masten geprägt sein wird (Salzburger Nachrichten [SN], 4.8.2021). Darüber hinaus wurden auch wirtschaftliche Bedenken geäußert, da negative Auswirkungen für den Tourismussektor befürchtet wurden (Pausch 2020). Am Beginn der Auseinandersetzung wurde von den GegnerInnen des Projekts die grundsätzliche Notwendigkeit des Baus einer neuen Hochspannungsleitung bezweifelt und das Vorhaben mit dem Import beziehungsweise Transit von Atomstrom in Zusammenhang gebracht (Verein atomstopp – atomkraftfrei leben 2008). Diese Argumentationslinie verlor jedoch rasch an Bedeutung, da aufgrund freiwilliger Selbstverpflichtungen sowie der 2012 eingeführten verpflichtenden Herkunftsausweisung auf Stromrechnungen nur noch wenig in Atomkraftwerken produzierter Strom nach Österreich importiert wird. Der Widerstand gegen die 380-kV-

Leitung richtete sich daher weniger gegen den Leitungsbau an sich, sondern gegen dessen technische Ausführung als traditionelle Freileitung. Zumindest an ausgewählten Stellen wurde eine Verkabelung, also eine im Boden verlaufende Leitung als zeitgemäße Lösung verlangt. Anfangs wurde der Widerstand von lokalen Gruppen getragen, darunter auch von mehreren LokalpolitikerInnen der in den meisten Salzburger Gemeinden dominierenden ÖVP. Im Oktober 2011 kam es zu einem Zusammenschluss mehrerer Gruppierungen unter der Bezeichnung „Interessengemeinschaft Erdkabel“ beziehungsweise „IG Erdkabel“ (Pausch 2020, 279). Die im April 2020 gegründete Dachorganisation „Fairkabeln Austria“ sollte den Widerstand über das Salzburger Projekt hinausführen und eine österreichweite Mobilisierung initiieren. Als Ziel wurde die Etablierung einer „Pro-Erdkabel Bürgerbewegung“ (Fairkabeln 2021) propagiert.

Vor den Auseinandersetzungen um den Leitungsbau in Salzburg war es bereits in der Steiermark (Weinzierl 2007) und im Burgenland zu Konflikten gekommen, wobei die von Wien nach Rotenturm verlaufende 108 km lange „Burgenlandleitung“ schon Anfang 2000 in Betrieb ging (Verbund 2000). Wirtschaftsnaher BeobachterInnen kritisierten die öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen und sahen darin, nach ähnlichen Erfahrungen mit den Protesten gegen das geplante Donaukraftwerk bei Hainburg oder den Ausbau der Ennstal-Straße B 320 („Ennsnahe Trasse“), ein weiteres Hindernis für die Entwicklung des österreichischen Wirtschaftsstandorts (Gutschik et al. 2007a; 2007b). Im März 2005 bescheinigten die Landesregierungen der Steiermark und des Burgenlands die Umweltverträglichkeit der „Steiermarkleitung“, des nächsten Abschnitts der Ringleitung, die vom Südburgenland in die Oststeiermark reicht (Die Presse, 25.3.2005). Im Juni 2009 wurde dieser Abschnitt des Hochspannungsringes aktiviert (Kleine Zeitung, 24.6.2009).

Die Auseinandersetzung um den Ausbau der österreichweiten Ringleitung verlagerte sich daraufhin nach Salzburg, wobei ein erster, 46 km langer Teilabschnitt („Salzburgleitung I“), der vom oberösterreichischen St. Peter am Hart bis in die Flachgauer Gemeinde Elixhausen (Bezirk Salzburg-Umgebung) reicht, bereits 2011 in Betrieb ging. Die öffentliche Debatte konzentrierte sich daraufhin auf den 128 km langen, als „Salzburgleitung II“ bezeichneten zweiten Abschnitt des Projekts.

Bereits in den 1990er-Jahren war es nach der Veröffentlichung der Planungsvorhaben in den betroffenen Gemeinden zu ersten kleineren Protesten gekommen. Eine von der Gemeinde Koppl angestrebte Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof führte 2002 zu einer Aufhebung der bereits bestehenden, vom Wirtschaftsministerium erteilten Bau- und Betriebsbewilligungen. Das Gericht wies eine Zuständigkeit des Ministeriums ab und entschied, dass zunächst eine

Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Landesregierung erfolgen müsse (Thalmayr 2010, 184–185). Dies blieb jedoch der einzige relevante Erfolg der ProjektgegnerInnen in der juristischen Arena. Nach langwierigen Verhandlungen erfolgte im Dezember 2015 die positive Umweltverträglichkeitsprüfung für die Salzburgleitung II, die von der ressortzuständigen grünen Landesrätin Astrid Rössler, einer Kritikerin des Projekts, mit Verweis auf rechtsstaatliche Grundsätze verteidigt wurde (Salzburger Landeskorrespondenz, 14.12.2015). Gegen die positive Prüfung wurden erneut juristische Maßnahmen ergriffen. Im Frühjahr 2019 genehmigte das Bundesverwaltungsgericht das Projekt, ermöglichte aber eine weitere Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof. Dieser Beschluss erfolgte aber ohne aufschiebende Wirkung, weshalb bereits im Oktober 2019 mit dem Bau der Leitung begonnen wurde. Einwände der ProjektgegnerInnen, darunter vor allem die Forderung nach einer zumindest teilweisen Kabellösung, wurden vom Verwaltungsgerichtshof mit seiner Entscheidung vom 15.10.2020 schlussendlich abgewiesen (Die Presse, 21.10.2020).

3. ÖFFENTLICHE MEINUNG

Ein wesentlicher Faktor für das Verständnis der Auseinandersetzung um Infrastrukturprojekte wie die Salzburgleitung ist die öffentliche Meinung. BefürworterInnen und GegnerInnen eines Projekts dient sie als Referenzpunkt, der die eigene Position legitimieren soll. Darüber hinaus streben alle Konfliktparteien danach, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, in dem auf mögliche Folgen des Baus beziehungsweise von dessen Verhinderung verwiesen wird.

Auf Basis einer mit Hilfe der APA-Onlinemanager Library vom Autor durchgeführten systematischen Durchsicht der medialen Berichterstattung ergibt sich zunächst der – angesichts der Prominenz des Themas – überraschende Befund, dass es in Salzburg nur sehr wenige (veröffentlichte) repräsentative Umfragen im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Salzburgleitung gab. Von den „Salzburger Nachrichten“ organisierte Befragungen unter den eigenen LeserInnen offenbarten einen starken Rückhalt für die Proteste der ProjektgegnerInnen und deren Forderungen nach einer (Teil-)Verkabelung der Hochspannungsleitung (SN, 28.4.2008; 14.5.2010). Diese Befragungen waren jedoch auf die LeserInnen und AbonnentInnen der Zeitung beschränkt und bildeten nicht das Meinungsbild der gesamten Bevölkerung ab.

In einer tatsächlich für die Salzburger Bevölkerung repräsentativen Umfrage des IMAS-Instituts sprachen sich im März 2008 mit 65 Prozent knapp zwei Drittel der Befragten gegen den Bau einer Freileitung und für eine (zumindest teilweise) Erdverkabelung aus, 15 Prozent waren für die Freileitung, 20 Pro-

zent äußerten keine Meinung dazu (Kronen Zeitung [Salzburg], 3.3.2008). Im November 2008 waren es laut IMAS-Institut erneut 65 Prozent, wobei der Anteil der BefürworterInnen der Freileitung mit 13 Prozent etwas kleiner geworden war (Kronen Zeitung [Salzburg], 22.11.2008). Bereits im Dezember 2007 hatte eine von der ÖVP beauftragte Umfrage des Instituts für angewandte Politikwissenschaft im Flachgau (Bezirk Salzburg-Umgebung) eine Mehrheit von 83 Prozent für die Verlegung eines Erdkabels ergeben; nur 9 Prozent hatten damals den Bau einer Freileitung unterstützt (SN, 29.12.2007).

Soweit bekannt, war die klare Mehrheit der SalzburgerInnen beziehungsweise der AnrainerInnen gegen das geplante Projekt einer freilaufenden 380-kV-Hochspannungsleitung. Die nur spärlich vorhandenen (veröffentlichten) Daten der Meinungsforschung erlauben jedoch keine Aussagen über mögliche Veränderungen der öffentlichen Meinung im Verlauf der Auseinandersetzung. Auch über geografische, sozialstrukturelle oder parteipolitische Unterschiede zwischen den BefürworterInnen und GegnerInnen des Projekts in der Bevölkerung liegen keine öffentlich zugänglichen Informationen vor.

4. MEDIALE BERICHTERSTATTUNG

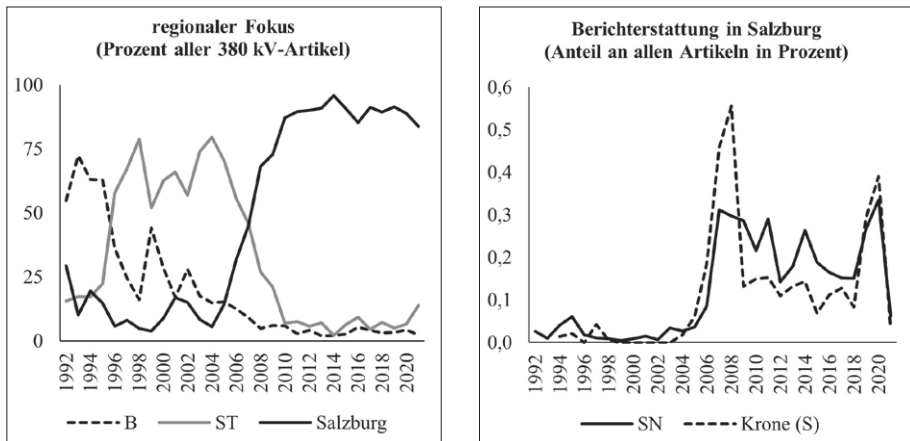
Das Ausmaß der medialen Berichterstattung über die Salzburgleitung ist, auch angesichts der nur spärlich vorhandenen Umfragedaten, ein relevanter Indikator für die Bedeutung des Themas. Konflikt zählt zu den wesentlichen Nachrichtenfaktoren, die über die Aufnahme eines Themas in die Berichterstattung entscheiden (Harcup/O'Neill 2017), weshalb zumindest indirekt auch der Faktor Polarisierung abgebildet ist. Aufgrund des unterschiedlich guten Zugangs zu Medientypen konnten für die nachfolgenden Analysen ausschließlich Printmedien (konkret Tageszeitungen) herangezogen werden. Systematische Informationen zur Berichterstattung in klassischen elektronischen Medien, vor allem im Fernsehen, liegen nicht vor.¹

Ein näherer Blick auf den Verlauf der österreichweiten Berichterstattung über den 380-kV-Hochspannungsring zeigt zunächst den Wandel des geografischen Fokus, der mit den bereits erwähnten unterschiedlichen Planungs- und auch Bauphasen des Projekts in den einzelnen Bundesländern einhergeht

1 Der Autor stand in Kontakt mit der Redaktion der ORF-Sendung „Salzburg Heute“, doch wurden zugesagte Auszüge aus einer die Sendungsinhalte zusammenfassenden internen ORF-Datenbank bis zur Fertigstellung des Beitrags nicht übermittelt. Die über die APA-Onlinemanager Library zugänglichen ORF-Transkripte wurden nicht verwendet, da sie zu große Lücken aufweisen und den Inhalt der Sendungen somit nur unzureichend abbilden.

(Abbildung 1: links). In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre waren die Berichte noch überwiegend auf das Burgenland bezogen, danach auf die Steiermark und zuletzt, das heißt nach 2010, beinahe ausschließlich auf Salzburg.

Abbildung 1: Die 380-kV-Leitung in den Medien: regionaler Fokus (links) und Ausmaß der Berichterstattung in Salzburg (rechts) von 1992 bis Mitte 2021.



Quelle: APA-Onlinemanager Library, eigene Berechnungen.

Abkürzungen: B (Burgenland), ST (Steiermark), SN (Salzburger Nachrichten), Krone (S) (Kronen Zeitung [Salzburg]).

Anmerkung: Basis der linken Grafik ist die Berichterstattung in den – im gesamten Untersuchungszeitraum erschienenen – Tageszeitungen Der Standard, Die Presse, Kurier, Kronen Zeitung, Kleine Zeitung und SN vom 1.1.1992 bis zum 30.6.2021. Die Identifikation der redaktionellen Artikel, Kommentare und LeserInnenbriefe (N=7.317) erfolgte über den Suchstring „380-kv# OR 380kv#“, wobei das Hashtag- bzw. Raute-Symbol (#) zur Trunkierung der Suchwörter dient. Die Ermittlung der regionalen Berichterstattung erfolgte über die Bezeichnung der Bundesländer (als Substantiv oder Adjektiv) sowie über die Identifikation der regionalen bzw. lokalen Berichterstattung in der Kronen Zeitung, der Kleinen Zeitung und den SN, da dort die Nennung von Ereignisorten im eigenen Bundesland – im Normalfall – ohne Verweis auf dieses erfolgt. Die rechte Grafik zeigt die jährlichen Anteile an der gesamten Berichterstattung der SN sowie der Salzburger Ausgabe der Kronen Zeitung. Letztere wurde bei der Volltextsuche nach Artikeln mit der in der Datenbank verwendeten Abkürzung „sbg“ identifiziert.

Rechts zeigt Abbildung 1 die jährlichen Anteilswerte des Themas Hochspannungsleitung an der gesamten Berichterstattung in den „Salzburger Nachrichten“ sowie der Salzburger Ausgabe der „Kronen Zeitung“, den beiden führenden Tageszeitungen in Salzburg.² Die beiden Kurven verlaufen insgesamt sehr

² Aktuell beträgt die tägliche Reichweite der „Salzburger Nachrichten“ 30,8 Prozent, die der

ähnlich, doch liegen die Werte bei der „Kronen Zeitung“ in den Jahren 2007 und 2008 deutlich über jenen der „Salzburger Nachrichten“, die jedoch in den Folgejahren häufiger berichteten. Zuletzt, das heißt 2020, waren die Anteile in den beiden Zeitungen mit 0,4 („Kronen Zeitung“) beziehungsweise 0,3 Prozent („Salzburger Nachrichten“) aller veröffentlichten Artikel (einschließlich Kommentare und LeserInnenbriefe) wieder sehr ähnlich. Die relative Bedeutung des Themas zeigt ein direkter Vergleich mit dem Ausmaß der Berichterstattung über den „Salzburger Finanzskandal“³: 2013 enthielten mehr als 1 Prozent der Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ das den Konflikt dominierende Schlagwort „Finanzskandal“. Die Berichterstattung war somit dreimal so intensiv wie über die Salzburgleitung im Jahr 2020, im letzten Jahr der Auseinandersetzung.

Das mediale Umfeld des Konflikts um ein Infrastrukturprojekt ist jedoch nicht allein über das Ausmaß der Berichterstattung definiert. Neben dem Umfang spielt auch die Ausrichtung der Berichte eine zentrale Rolle. Wie positionierten sich die beiden führenden Salzburger Zeitungen? Die Salzburger Ausgabe der „Kronen Zeitung“ gab den GegnerInnen der (Frei-)Leitung viel Raum in der Lokalberichterstattung, nicht zuletzt im Rahmen der in dieser Zeitung traditionell sehr prominent platzierten LeserInnenbriefe. Die „Salzburger Nachrichten“, bei der als Qualitätszeitung die formale Trennung zwischen Kommentaren und Nachrichten eine wichtige Rolle spielt, veröffentlichten insgesamt ein Dutzend Kommentare auf der Titelseite, bei denen (auch) das 380-kV-Projekt erwähnt wurde. Lange Zeit wurden dabei die Anliegen der GegnerInnen der (Frei-)Leitung verteidigt. Erst zuletzt, ab 2018, wurde in erster Linie die lange Verfahrensdauer kritisiert und eine rasche Entscheidung eingefordert (SN, 23.7.2001, 29.1.2008, 30.1.2008, 23.5.2009, 2.1.2010, 23.6.2012, 10.8.2013, 14.6.2014, 18.7.2017, 28.6.2018, 23.8.2019, 21.10.2020). Insgesamt operierten die GegnerInnen des Projekts somit in einem für sie positiven medialen Umfeld (vgl. Pausch 2020, 286).

„Kronen Zeitung“ 27,7 Prozent (Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen 2021). Siehe auch <https://www.media-analyse.at/>.

3 Im Dezember 2012 wurde bekannt, dass von einer Mitarbeiterin der Finanzabteilung des Landes – ohne persönliche Bereicherungsabsicht – initiierte spekulative Veranlagungen zu Verlusten von mehreren hundert Millionen Euro geführt hatten (Scherrer 2019).

5. DER KONFLIKT IN DER WAHLARENA

Die politische Entwicklung im Land Salzburg war im Zeitraum der Auseinandersetzung um die 380-kV-Leitung von zwei Regierungswechseln geprägt: 2004, das heißt noch deutlich vor der „heißen“ Phase des Konflikts, wurde die SPÖ erstmals stärkste Partei bei einer Landtagswahl, bildete eine Koalition mit der ÖVP und stellte mit Gabi Burgstaller die erste Landeshauptfrau. 2009 wurde diese Koalition trotz Verlusten fortgeführt. Bei der 2013 aufgrund des „Salzburger Finanzskandals“ um ein Jahr vorgezogenen Neuwahl verlor die SPÖ sehr stark (-15,6 %), woraufhin die trotz starker Verluste (-7,5 %) wieder auf dem ersten Platz liegende ÖVP mit den Grünen und dem neu gebildeten Team Stronach eine Regierung mit Wilfried Haslauer als neuem Landeshauptmann bildete. 2018 sicherte die ÖVP den ersten Platz mit einem Zugewinn von 8,8 Prozentpunkten deutlich ab und bildete eine Dreierkoalition mit Grünen und NEOS (Fallend 2019).

Die Salzburger Parteien operierten demnach in einem ungewohnt turbulenten Umfeld, doch spielte der Streit um die Salzburgleitung dabei keine zentrale Rolle. Die Haltung der ÖVP zum Bau der 380-kV-Leitung war von einer stark ausgeprägten innerparteilichen Heterogenität geprägt. Die Positionen reichten von der klaren Befürwortung des Projekts durch den Wirtschaftsbund bis zur ebenso klaren Gegnerschaft durch einzelne LokalpolitikerInnen. Im Juni 2008 beschlossen etwa sieben Flachgauer ÖVP-Bürgermeister das „Berndorfer Manifest“ (Altendorfer et al. 2008), in dem sie für eine – von der Gegenseite als nicht finanzierbar eingeschätzte – Erdkabellösung eintraten. Auch in der Landesregierung gab es mit Landesrat Sepp Eisl (1997–2013) einen klaren Gegner der Freileitung (Thalmayr 2010, 193–194). Dieser interne Konflikt führte folgerichtig zu einer bewussten Dethematisierung des Projekts, vor allem in den Landtagswahlkämpfen (siehe unten). Bei der SPÖ und den Grünen trug der Wechsel zwischen Regierung und Opposition hingegen zu einer Reorientierung der Positionierung bei. 2006, das heißt in einer Frühphase der Auseinandersetzung in Salzburg, verteidigte die damals regierende SPÖ (gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner ÖVP) den geplanten Bau als wichtigen Faktor des Wirtschaftsstandorts, forderte aber eine Verkabelung an „neuralgischen Punkten“. Auch die FPÖ trat für eine Kabellösung ein, wogegen die Grünen das Gesamtprojekt – ähnlich wie in den 1990er und frühen 2000er-Jahren im Burgenland sowie der Steiermark – noch im Zusammenhang mit dem Transit von Atomstrom sahen und folgerichtig komplett ablehnten (SN, 29.9.2006). Im weiteren Verlauf des Konflikts schwenkten sie dann auf die gemäßigttere Variante der Forderung nach einer Kabellösung um.

Im Gegensatz zum Burgenland und der Steiermark wurden in Salzburg keine direktdemokratischen Entscheidungsverfahren abgehalten. Im Burgenland sprach sich die Bevölkerung von Stadtschlaining am 20.2.1994 im Rahmen einer Volksabstimmung mit 55,3 Prozent (bei einer Beteiligung von 46,3 %) gegen die Leitung aus (Der Standard, 21.2.1994). In der Oststeiermark organisierten am 28.1.1996 insgesamt 20 Gemeinden eine Volksbefragung, bei der 93,5 Prozent (bei einer Beteiligung von 62,4 %) gegen die geplante Leitung stimmten (Kurier, 29.1.1996). Keines dieser Ergebnisse war rechtlich bindend, weshalb sie ohne Konsequenzen blieben. In Salzburg gab es während der langen Auseinandersetzung nur sehr vereinzelte Forderungen nach direktdemokratischen Verfahren, etwa 2008 durch den dritten Landtagspräsidenten Wolfgang Saliger (ÖVP) (SN, 10.4.2008).

Der Verzicht auf direktdemokratische Verfahren rückt die Landtagswahlen in den Fokus, wenn es um die (mögliche) Politisierung eines Themas in der institutionalisierten Politik geht. Bei keiner der drei während des Konflikts ausgetragenen Landtagswahlen spielte der Konflikt um die 380-kV-Leitung jedoch eine entscheidende Rolle. Im Vorlauf der Wahl am 1.3.2009 „herrscht[e] beinahe völlige Ruhe um die strittige 380-kV-Freileitung“ (Thalmayr 2010, 188). Am 17.12.2008 hatte der Landtag eine Novellierung des Landeselektrizitätsgesetzes beschlossen. Mit diesem sogenannten „Erdkabelgesetz“, das beim Bau von Leitungen „in sensiblen Bereichen auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten“ (§ 43a Abs. 2) ein Erdkabel vorschrieb, weckten die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP die Hoffnung auf eine (Teil-)Verkabelung der Salzburgleitung, setzten aber, so viele BeobachterInnen, vor allem auf Zeitgewinn (Dachs 2010, 13). Auffällig war, dass die VertreterInnen des Wirtschaftsbunds (ÖVP), aber auch SPÖ-GewerkschafterInnen der Abstimmung ferngeblieben waren (Thalmayr 2010, 194). Die vorgezogene Landtagswahl von 2013 war dann vom bereits erwähnten „Salzburger Finanzskandal“ dominiert. Im Vorlauf der Landtagswahl 2018 sorgte die Salzburgleitung vor allem bei den Grünen für interne Spannungen, da es die zuständige grüne Landesrätin Astrid Rössler gewesen war, die 2015 die Bewilligung für die Leitung erteilte, woraufhin Probleme bei der Mobilisierung befürchtet wurden (Fallend 2019).

Die generell geringe Bedeutung des Themas bei den Landtagswahlen zeigt ein systematischer Blick auf die Wahlprogramme. In den meisten Fällen wurde der Salzburgleitung nur sehr wenig Platz eingeräumt. Von der, wie erwähnt, innerparteilich gespaltenen ÖVP wurde das Thema 2009, 2013 und 2018 sogar komplett übergangen. Die regierende SPÖ übernahm diese Strategie 2013, die regierenden Grünen 2018. Tabelle 1 zeigt die relative Bedeutung (Salienz) des Themas anhand der dafür investierten Textanteile der Programme. Allein das Team Stronach erreichte 2013 einen Salienzwert von knapp unter 10 Prozent

und setzte in der Wahlkampagne damit relativ stark auf das Thema Salzburgleitung. Zusätzlich sind die – bewusst vereinfachten – Positionen aller Parteien, die bei einer Wahl Mandate gewannen, angeführt. Die Kategorien „pro“ beziehungsweise „contra“ stehen dabei für allgemeine Aussagen ohne nähere Spezifizierung, wie etwa „Stopp dem 380-kV-Wahnsinn“ (FPÖ 2013). Die SPÖ positionierte sich 2009 generell positiv, regte aber an, „dass bei den anstehenden Vorhaben die Bevölkerung entsprechend eingebunden wird und die Möglichkeit einer Teilverkabelung in sensiblen Gebieten mit einbezogen wird“ (SPÖ 2009). Diese eher vage Aussage wurde der allgemeinen Kategorie „pro“ zugeordnet, nicht der spezifischeren Forderung nach einer (Teil-)Verkabelung, wie sie zuletzt, bei der Landtagswahl 2018, etwas deutlicher artikuliert wurde.

Tabelle 1: Die Salzburgleitung als Thema bei Landtagswahlen: Salienzen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien mit Mandatsgewinn, 2009–2018

Wahl	Salienz/ Position	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	NEOS	Team Stronach
2009	Salienz	0,0 %	1,1 %	0,7 %	0,7 %	n. k.	n. k.
	Position	—	pro	contra	contra		
2013	Salienz	0,0 %	0,0 %	0,2 %	4,3 %	n. k.	9,7 %
	Position	—	—	contra	contra		Kabel- lösung
2018	Salienz	0,0 %	2,4 %	2,3 %	0,0 %	0,0 %	n. k.
	Position	—	Kabel- lösung	Kabel- lösung	—	—	

Quellen: Wahlprogramme der Parteien (FPÖ 2009, 2013, 2018; Grüne 2009, 2013, 2018; NEOS 2018; ÖVP 2009, 2013, 2018; SPÖ 2009, 2013, 2018; Stronach 2013).

Abkürzung: n. k. (nicht kandidiert)

Anmerkung: Die Salienzwerte beziehen sich auf die Prozentanteile der Wörter (auf Basis ganzer Sätze bzw. funktionaler Äquivalente wie Aufzählungselemente), die sich auf die Salzburgleitung beziehen. Die relevanten Textabschnitte wurden mit den Suchwörtern „Strom“, „Leitung“, „380“, „Kabel“ und „Energie“ identifiziert. Sätze mit inhaltlichem Bezug zur Thematik wurden auch ohne Auftreten der Suchwörter aufgenommen, sofern sie unmittelbar vor bzw. nach den über die Suchwörter identifizierten Sätzen standen.

Auch die mediale Berichterstattung über die Wahlkämpfe in den zwei führenden Tageszeitungen des Landes, den „Salzburger Nachrichten“ und der „Kronen Zeitung“, ging nur sehr selten auf die 380-kV-Leitung ein: 2009 gab es drei, 2013 neun, 2018 fünf einschlägige Artikel in einem stets vier Wochen

dauernden Untersuchungszeitraum.⁴ Schließlich enthielten auch die nach den drei Wahlen veröffentlichten Umfragen zu den Wahlmotiven keine Hinweise auf dieses Thema (ISA/SORA 2009; SORA/ISA 2013; 2018). Gab es – auf Basis der Wahlergebnisse – dennoch einen (potenziellen) Einfluss des Streits um die Hochspannungsleitung? Tabelle 2 zeigt die Veränderungen zur jeweils vorangehenden Wahl auf der Ebene der 119 Salzburger Gemeinden. Für jede Landtagswahl wird gezeigt, wie sehr sich die Ergebnisse verglichen mit der vorangegangenen Wahl in den Gemeinden an der geplanten Trasse und den sonstigen Gemeinden im Durchschnitt veränderten.⁵

Tabelle 2: Landtagswahlen 2009–2018: Trends in Trassen- und sonstigen Gemeinden (Prozentpunktdifferenzen zur vorherigen Wahl)

Jahr	Wahlbeteiligung		Ungültige Stimmen		ÖVP		SPÖ		FPÖ		GRÜNE		andere	
	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige	380 kV	sonstige
2009	-6,1	-6,4	-0,8	-0,9	-2,3	-2,8	-4,6	-4,0	4,5	4,5	-1,2	-0,9	3,6	3,3
2013	-0,4	-2,3	2,4	2,5	-7,6	-6,2	-16,0	-14,1	5,0	4,0	12,6	10,8	6,0	5,5
2018	-6,3	-5,5	-2,6	-2,7	8,9	8,7	-3,7	-5,7	0,6	2,8	-11,2	-9,0	5,3	3,2

Lesebeispiel: Bei der Landtagswahl 2009 betrug die durchschnittliche Veränderung bei der Wahlbeteiligung in den an der geplanten 380-kV-Trasse liegenden Gemeinden -6,1, in den übrigen Gemeinden -6,4 Prozentpunkte.

Die folgenden 36 der insgesamt 119 Salzburger Gemeinden liegen an der künftigen Trasse: Adnet, Bad Vigaun, Bischofshofen, Bruck an der Großglocknerstraße, Dienten am Hochkönig, Elixhausen, Elsbethen, Eugendorf, Flachau, Fusch an der Großglocknerstraße, Goldegg, Golling an der Salzach, Hallwang, Hof bei Salzburg, Kaprun, Koppl, Krispl, Kuchl, Lend, Maishofen, Maria Alm am Steinernen Meer, Mühlbach am Hochkönig, Oberalm, Plainfeld, Puch bei Hallein, Saalfelden am Steinernen Meer, Scheffau am Tennengebirge, Schwarzach im Pongau, Seekirchen am Wallersee, St. Johann im Pongau, St. Koloman, St. Veit im Pongau, Taxenbach, Wagrain, Werfen, Zell am See.

Insgesamt zeigt der Vergleich der Trendergebnisse in den Gemeinden mit und ohne direkten Bezug zur (künftigen) Trasse der Salzburgleitung keine großen Unterschiede. Bei der Wahlbeteiligung, die auch die Zufriedenheit mit der Politik insgesamt und das Vertrauen in sie zeigt, gab es nur 2013 rele-

4 Quelle: APA-OnlineManager Library, eigene Berechnungen. Suchstring: (380-kv# OR 380kv#) AND (wahl# OR landtagswahl#).

5 Eine Analyse der Gemeindevertretungswahlen wird nicht durchgeführt, da nicht alle Parteien in allen Gemeinden kandidieren.

vante Unterschiede, da der Rückgang in den Trassengemeinden um beinahe 2 Prozentpunkte geringer ausfiel. Bei den ungültigen Stimmen, einem direkten Gradmesser für die Unzufriedenheit mit dem politischen Angebot, gab es durchgängig keine Unterschiede. Bei der ÖVP führte die unklare Positionierung, aber wohl auch die bewusste Dethematisierung zu geringen Unterschieden zwischen den beiden Gemeindetypen. Die SPÖ verlor in den Trassengemeinden 2013 noch stärker als in den übrigen Gemeinden; 2018 drehte sich dieser Trend. Bei der FPÖ fällt auf, dass sie 2018 in den Trassengemeinden trotz ihrer kritischen Haltung weniger dazugewann. Allein bei den Grünen entspricht der Gemeindevergleich weitgehend der Erwartungshaltung, da sie 2013 in den Trassengemeinden überdurchschnittlich dazugewannen (so auch Pausch 2020, 280). Fünf Jahre später, nun als Regierungspartei und angeführt von der für das Projekt zuständigen Landesrätin Rössler, verloren sie aber über dem Schnitt. Während die Salzburgleitung im Angebot der Parteien bei den drei Landtagswahlen somit eine nur sehr geringe Rolle spielte, gibt es – wenn auch nur in einem begrenzten Ausmaß – Anzeichen einer Auswirkung des Themas auf das Wahlverhalten der SalzburgerInnen.

6. DER KONFLIKT IN DER PROTESTARENA

Im Gegensatz zur elektoralen Arena, in der die Salzburgleitung insgesamt eine nur geringe Rolle spielte, erlangte der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen das Projekt, zumindest innerhalb Salzburgs, viel Aufmerksamkeit. Schon im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends gelang es den Salzburger Parteien und Verbänden nicht mehr, das Thema in den von ihnen dominierten institutionalisierten Arenen der Politikaustragung zu halten (Thalmayr 2010, 195). Auch im weiteren Verlauf des Konflikts nahmen Formen der unkonventionellen Partizipation eine relevante Rolle ein (Pausch 2020).

Wie stark die Protestmobilisierung im Untersuchungszeitraum tatsächlich war, lässt sich aufgrund fehlender spezifischer Umfragedaten nicht leicht erfassen. Ergebnisse des seit 2002 jedes zweite Jahr durchgeführten European Social Survey (ESS 2020) zeigen, dass die allgemeine Protestmobilisierung in Salzburg, das heißt nicht nur in Bezug auf das hier behandelte Thema, im Vergleich mit den übrigen Bundesländern durchschnittlich ausfiel: Im Mittel der bislang insgesamt acht Befragungswellen des ESS⁶ gaben 24,3 Prozent der SalzburgerInnen an, in den vergangenen zwölf Monaten eine Unterschriftensammlung unterstützt zu haben; 6,0 Prozent berichteten, sich an einer (legalen)

6 Für die 6. Welle des ESS liegen für Österreich keine Daten vor.

Demonstration beteiligt zu haben. Im durchgängig von Wien angeführten Bundesländerranking nimmt Salzburg beim Ausmaß der Mobilisierung die Plätze 5 (Unterschriftensammlungen) und 4 (Demonstrationen) ein. Die für Salzburg regelmäßig konstatierte „lange Tradition von BürgerInnen-Bewegungen und Protest“ (siehe z. B. Pausch 2020, 270) äußert sich im neuen Jahrtausend somit keineswegs in einem besonders starken Mobilisierungsniveau. Welchen Anteil der Konflikt um die Hochspannungsleitung bei der „unkonventionellen“ Partizipation einnahm, kann mit diesen Umfragedaten, die nur die Form der Partizipation erfassen, nicht deren Inhalt, jedoch nicht beantwortet werden.

Um das Ausmaß des Widerstands gegen die Salzburgleitung systematisch zu erfassen, wurde daher auf eine andere Methode zurückgegriffen, konkret auf eine Protestereignisanalyse. Mit dieser spezifischen Form der quantitativen Inhaltsanalyse werden einzelne Ereignisse identifiziert, im Normalfall über einen längeren Zeitraum hinweg, um eine generelle Aussage über das Ausmaß, die Formen und die OrganisatorInnen von Protesten treffen zu können (Koopmans/Rucht 2002). Neben Polizeiberichten, die in Österreich für die Forschung nicht zugänglich sind, werden bei Protestereignisanalysen vor allem Tageszeitungen sowie Agenturmeldungen als Quelle herangezogen (für Österreich vgl. Dolezal 2021; Dolezal/Hutter 2007). Unabhängig von der gewählten Quelle bleibt das „Universum“, also die Gesamtzahl der abgehaltenen Proteste stets unbekannt. Erfahren JournalistInnen von einem (geplanten) Protestereignis, werden bei der Entscheidung für oder gegen dessen Aufnahme in die Berichterstattung verschiedene Nachrichtenfaktoren wie Größe und Neuigkeit eines Ereignisses schlagend, aber auch dessen räumliche Nähe zur Redaktion beziehungsweise zur LeserInnenschaft (O'Neill/Harcup 2009). Mit der Aufnahme in die Berichterstattung geben Medien einzelnen Protesten eine über das direkte Umfeld hinausreichende Sichtbarkeit und, zumindest mittelfristig, auch politische Relevanz. In diesem Zusammenhang kann durchaus argumentiert werden, dass Proteste, über die in den Medien nicht berichtet wird, letztlich „gar nicht existieren“ (Koopmans/Rucht 2002, 252).

Die nachfolgenden Daten beruhen analog zur Vorgehensweise bei der Darstellung des Ausmaßes der generellen medialen Berichterstattung über die Salzburgleitung auf Artikeln in den „Salzburger Nachrichten“ und der „Kronen Zeitung“, den beiden am weitesten verbreiteten Zeitungen in Salzburg. Der Zugriff auf die Artikel erfolgte erneut über die APA-OnlineManager Library und umfasst den Zeitraum vom 10.6.1991 („Salzburger Nachrichten“) beziehungsweise dem 1.1.1994 („Kronen Zeitung“), den ersten in der Datenbank erfassten Tagen, bis zum 30.6.2021. Mit Hilfe eines langen Suchstrings,⁷

7 (#aktionstag# OR #aktivist# OR #besetz# OR #blockade# OR #blockier# OR #boycott# OR

der unterschiedliche Protestformen mit themenspezifischen Suchwörtern verknüpft, wurden insgesamt 1.623 Artikel identifiziert: 915 in den „Salzburger Nachrichten“, 708 in der „Kronen Zeitung“. Alle Artikel wurden manuell auf Relevanz kontrolliert, da etwa das zentrale Suchwort „Protest“ in den meisten Fällen eine rein verbale Äußerung beschreibt, die keinesfalls ein genuines Protestereignis wie zum Beispiel eine Unterschriftensammlung, eine Kundgebung oder eine Baustellenbesetzung konstituiert. In einem weiteren Arbeitsschritt wurden aus der Berichterstattung einzelne Protestereignisse identifiziert und mit Basisangaben zum Zeitpunkt und zum Ort sowie zur Handlungsform und den OrganisatorInnen beschrieben.⁸ Die Identifikation und Codierung der Ereignisse erfolgte zunächst getrennt nach Medium. In einem finalen Arbeitsschritt wurden die Ergebnisse in einem Datensatz zusammengefasst. Insgesamt wurden dabei 206 Ereignisse identifiziert: Über 85 (41,3 %) wurde in beiden Tageszeitungen berichtet, über 51 (24,8 %) nur in den „Salzburger Nachrichten“, über 70 (34,0 %) nur in der „Kronen Zeitung“.

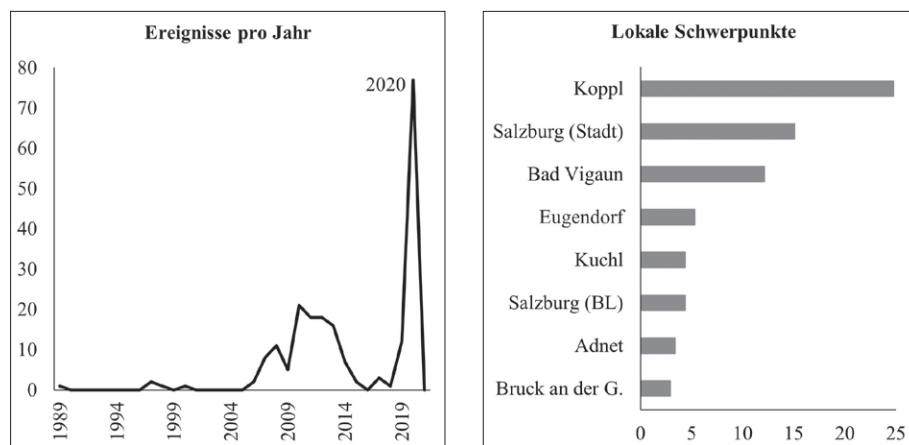
Für den vorliegenden Beitrag werden nicht alle erfassten Informationen verwendet. Die Darstellung konzentriert sich auf das Ausmaß der Proteste im Zeitverlauf sowie deren geographischen Fokus. Alle nachfolgenden Zahlen basieren auf der ungewichteten Anzahl der Ereignisse, das heißt, weder deren Größe (Anzahl der TeilnehmerInnen) noch deren Länge (ein relevanter Aspekt vor allem bei Besetzungen, aber auch bei Hungerstreiks) werden berücksichtigt. Bei der Anzahl der TeilnehmerInnen ist der Anteil der Ereignisse ohne Information für eine sinnvolle Gewichtung der Daten zu groß. Die Länge der Ereignisse ist hingegen nur bei sehr wenigen der identifizierten Proteste gegen die Salzburgleitung eine relevante Eigenschaft. Abbildung 2 zeigt links die jährliche Anzahl der erfassten Protestereignisse und rechts die acht wichtigsten Protestorte.

#bürgerinitiative# OR #demo# OR #fackelz# OR #flash# OR #gewerkschaftlich# OR #kampfmaßnahme# OR #kampagne# OR #kundgebung# OR #lichterkette# OR #lichtermeer# OR #mahnwache# OR #marsch# OR #menschenkette# OR #petition# OR #protest# OR #streik# OR #transparent# OR #unterschrift# OR #unterstützungserklärung# OR #unterzeichne# OR #versammlung#) AND (380-kv# OR 380kv# OR freileitung#).

- 8 Die Sammlung der Daten erfolgte im Rahmen des vom Wissenschaftsfonds FWF von 2015 bis 2021 geförderten Projekts „Die österreichische Protestarena im 21. Jahrhundert“ (Projektnummer: P28180-G22), das zunächst an der Universität Wien, später am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien angesiedelt war. Die Selektion und Codierung der Artikel wurde von drei studentischen MitarbeiterInnen am IHS durchgeführt (Benjamin Bernleithner, Lea Pacher und Anna Pixir), die Bereinigung und Zusammenführung der Daten vom Projektleiter und Autor des vorliegenden Beitrags.

Der in Abbildung 2 (links) abgebildete zeitliche Verlauf der Proteste beginnt bereits 1989, also vor Beginn der über die Datenbank verfügbaren Zeitungsausgaben, da in späteren Artikeln auf dieses frühe Protestereignis – eine Mahnwache vor dem Umspannwerk Kaprun – Bezug genommen wurde. Nach einer ersten starken Mobilisierungsphase in den Jahren 2010 bis 2013 zeigen die Daten vor allem im Jahr 2020 einen extremen Peak. Im darauffolgenden ersten Halbjahr 2021, das heißt nach der finalen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs im Oktober 2020, fand – immer basierend auf der Berichterstattung in den beiden Zeitungen – kein einziges Protestereignis statt. Dieser extreme Peak kann aufgrund der im Moment noch fehlenden Umfragedaten nicht mit der allgemeinen Protestpartizipation in Salzburg verglichen werden. Der erste sichtbare Peak von 2010–2013 ist jedoch zeitlich durch die vierte und fünfte Welle des ESS abgedeckt. Diese Daten zeigen – verglichen mit anderen Bundesländern – für die vierte Welle, deren Interviews mehrheitlich 2011 stattfanden, niedrige Werte: Mit 8,5 Prozent bei Demonstrationen und 14,4 Prozent bei Petitionen nahm Salzburg im damaligen Länderranking die Plätze 5 und 8 ein. In der fünften Welle, deren Interviews 2013 durchgeführt wurden, lagen die Werte bei den Petitionen erneut niedrig (15,1 %, Platz 6), doch nahm Salzburg bei den Demonstrationen mit 11,7 Prozent den zweiten Platz ein – einmal mehr hinter Wien.

Abbildung 2: Proteste gegen die Salzburgleitung: Entwicklung im Zeitverlauf (links) und lokale Schwerpunkte (rechts), 1989–Mitte 2021.



Abkürzungen: BL (Bundesland), Bruck an der G. (Bruck an der Großglocknerstraße)

Quelle: Berichte in den Salzburger Nachrichten und der Kronen Zeitung (Printausgaben). Der Zugriff auf die Artikel erfolgte über die APA-OnlineManager Library.

Abbildung 2 (rechts) zeigt die räumlichen Schwerpunkte der Mobilisierung, darunter die sieben Gemeinden, in denen am häufigsten Protestereignisse stattfanden. Zusätzlich ist, an insgesamt sechster Stelle des „territorialen Rankings“, das Bundesland Salzburg angeführt, da es mehrere (Online-)Unterschriftensammlungen gab, die im gesamten Bundesland organisiert wurden. Von den insgesamt 119 Salzburger Gemeinden wurden in 26 Proteste identifiziert (21,8 %). Deutlich fallen die Unterschiede zwischen den Gemeinden an der (späteren) Trasse und den Gemeinden ohne direkte Betroffenheit aus: Protestiert wurde in 52,8 Prozent der Trassen-, aber nur in 8,4 Prozent der übrigen Gemeinden. Der Widerstand war somit, von einigen Ausnahmen wie mehreren Protestereignissen in der Landeshauptstadt abgesehen, ein primär lokales Ereignis. Die direkte Betroffenheit führte zu einer lokal beschränkten Mobilisierung. Über das Bundesland hinausreichende Proteste spielten, von sehr wenigen Ausnahmen wie etwa einer Demonstration in Wien (14.8.2020) oder an den Nationalrat gerichteten Petitionen abgesehen, keine Rolle. Auch der Versuch, den Widerstand mit Hilfe einer Petition an das Europäische Parlament zu europäisieren (List Rechtsanwalts GmbH 2019), blieb ohne Wirkung, da nur 2.821 Personen die Forderung unterstützten (openPetition 2019).

Bei den Aktionsformen zeigt sich, dass die GegnerInnen der Salzburgleitung in den meisten Fällen gemäßigte Protestrepertoires nutzten: 30 Prozent der Proteste waren Unterschriftensammlungen und ähnliche Formen wie etwa Briefaktionen; 58 Prozent der Ereignisse waren Versammlungen (Kundgebungen) und Demonstrationen (Märsche). Nur 13 Prozent der Ereignisse hatten einen konfrontativen Charakter, indem die GegnerInnen Baustellen besetzten oder die Zufahrt zu diesen blockierten. Diese härteren Protestformen machten in der ersten starken Mobilisierungswelle (2010–2013) nur 7 Prozent der Ereignisse aus, im Jahr 2020, also am Höhepunkt der Proteste, waren es hingegen 22 Prozent.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Über mehr als zwei Jahrzehnte beschäftigte der Konflikt um die Errichtung der Salzburgleitung als Teil des österreichweiten 380-kV-Hochspannungsringes die Landespolitik. Nach ähnlichen Auseinandersetzungen im Burgenland und vor allem in der Oststeiermark führte der Ausbau der Ringleitung auch in Salzburg zu einer Konfrontation zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen des Projekts, die sich in unterschiedlichen politischen Arenen abspielte. Der vorliegende Beitrag konzentrierte sich auf die Wahl- und die Protestarena, weshalb vor allem die parlamentarische Arena, das heißt der Salzburger Landtag, unberücksichtigt blieb.

Nach einem chronologischen Überblick über den Verlauf der Auseinandersetzung, die im Oktober 2020 mit der finalen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs im Sinne der Projektbetreiber ihren Abschluss fand, widmete sich der Beitrag zunächst zwei wesentlichen Kontextfaktoren: der öffentlichen Meinung und der medialen Berichterstattung. Auf Basis der – wenigen – veröffentlichten Umfragen zeigte sich eine breite Ablehnung des Projekts, vor allem in der Form einer traditionellen Freileitung. Auch die mediale Berichterstattung in den beiden reichweitenstärksten Tageszeitungen, vor allem in der „Kronen Zeitung“, lange Zeit aber auch in den „Salzburger Nachrichten“, war dem Projekt gegenüber kritisch eingestellt.

Trotz dieser Rahmenbedingungen spielte die Salzburger Leitung bei den Landtagswahlen insgesamt nur eine beschränkte Rolle. Die Regierungsparteien mieden das Thema, wobei sich vor allem die ÖVP aufgrund der unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Partei bei allen drei relevanten Urnengängen (2009, 2013 und 2018) einer Strategie der Dethematisierung bediente. Bei Wahlen, in denen sie als Regierungspartei operierten, umgingen aber auch die SPÖ (2013) sowie die Grünen (2018) die öffentliche Auseinandersetzung um den Bau der 380-kV-Leitung. Allein die FPÖ, die im Untersuchungszeitraum durchgängig in Opposition war, sprach das Thema in allen drei Wahlkämpfen an, doch spielte es bei den Kampagnen niemals eine zentrale Rolle.

Deutlich stärker als in der Wahlarena wurde das Infrastrukturprojekt in der Protestarena politisiert. Die öffentliche Meinung, aber auch der mediale Diskurs in den Salzburger Medien unterstützte den Widerstand der GegnerInnen. Ergebnisse einer Protestereignisanalyse auf Basis der Berichterstattung in den „Salzburger Nachrichten“ und der „Kronen Zeitung“ offenbarten zwei Phasen der Mobilisierung: 2010–2013 und vor allem 2020. Der starke Anstieg der vor allem von lokalen Gruppen und AnrainerInnen getragenen zivilgesellschaftlichen Proteste am Ende des Konflikts war eine Reaktion auf mehrere juristische Niederlagen und blieb letztendlich erfolglos.

Die Auseinandersetzung über ein Infrastrukturprojekt wie den 380-kV-Hochspannungsring zeigt, dass politische Konflikte auch in Österreich nicht mehr ausschließlich im Rahmen der institutionalisierten Politik ausgetragen werden. Den Parteien gelingt es nicht mehr, die öffentliche Debatte über Streitfragen zu kanalisieren oder gar zu monopolisieren. Vielmehr sehen sie sich einer Konkurrenz durch zivilgesellschaftliche AkteurInnen ausgesetzt. Österreich entspricht demnach nicht mehr dem klassischen Modell eines „Parteienstaats“, doch ist das Gegenmodell einer „movement society“ (Meyer/Tarrow 1998), einer „Bewegungsgesellschaft“, allenfalls in Ansätzen erkennbar. Die Parteien sind dieser Entwicklung jedoch nicht hilflos ausgesetzt. Sie können sich mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen vernetzen und müssen keineswegs passive

Beobachterinnen sein. Zumindest auf lokaler Ebene nahmen – aufgrund der machtpolitischen Konstellation in Salzburg – vor allem PolitikerInnen der ÖVP, in der Landeshauptstadt mit Bürgermeister Heinz Schaden auch der SPÖ, eine tragende Rolle bei den Protesten ein. Diese Vernetzung blieb jedoch lokal begrenzt und hatte vor allem wenig Auswirkungen auf die Kampagnen bei den Landtagswahlen. Letztendlich zeigt das Beispiel der Salzburgleitung aber auch, dass der Widerstand einer in erster Linie von lokalen Gruppierungen getragenen Protestbewegung von der etablierten Politik ausgesessen werden kann. Dies war auch deshalb möglich, weil alle beteiligten AkteurInnen die (höchst-) richterliche Entscheidung als formalen Endpunkt der Auseinandersetzung akzeptierten.

LITERATUR UND QUELLEN

- Altendorfer, Peter/Leonhard Wörndl-Aichriedler/Simon Wallner/Rupert Reischl/Johann Strasser/Josef Guggenberger/Johann Spatenegger (2008). Berndorfer Manifest zum Bau der 380 kV - Stromtransitleitung durch den Flachgau. Abgerufen am 11.11.2021 unter https://www.berndorf.salzburg.at/Berndorfer_Manifest.
- APG Austrian Power Grid (2020). Netzentwicklungsplan 2020 für das Übertragungsnetz der Austrian Power Grid AG (APG). Planungszeitraum: 2021–2030. Planungsstand: August 2020. Abgerufen am 11.11.2021 unter <https://www.apg.at/api/sitecore/projectmedia/download?id=e3108007-0a11-4b43-81ab-bc00206783e0>.
- APG Austrian Power Grid (2021). Fakten zur 380-kV-Salzburgleitung. Abgerufen am 11.11.2021 unter <https://www.apg.at/api/sitecore/projectmedia/download?id=87269b36-c8dc-4257-b49f-27bb266df8c0>.
- Bahtić-Kunrath, Birgit/Stefan Wally (2020). Die Macht geht vom Volk aus. Politische Partizipation in Salzburg nach 1900 (= JBZ Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen Arbeitspapiere 50), Salzburg.
- Dachs, Herbert (2010). More of the Same? Die Salzburger Landtagswahlen am 1. März 2009, in: Herbert Dachs/Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik, Wien, 9–27.
- Der Standard (21.2.1994). Stadtschlaining stimmte gegen 380-kV-Leitung, 7.
- Die Presse (25.3.2005). Positive Bescheide für die 380-kV-Leitung, 18.
- Die Presse (21.10.2020). Höchstgericht macht Weg für 380-kV-Leitung frei, 19.
- Dolezal, Martin (2019). From Party State to Movement Society? Conventional and Unconventional Democratic Practices in Austria, 1974–2018, in: Günter Bischof/David M. Wineroither (Hg.): Democracy in Austria (= Contemporary Austrian Studies, Volume 28), Innsbruck, 137–155.
- Dolezal, Martin (2020). Zwischen Partizipation und Parteistrategie: Direkte Demokratie in Österreichs Bundesländern, in: Andrea Tony Hermann/Daniela Ingruber/Flooh

- Perlot/Katrin Praprotnik/Christina Hainzl (Hg.): regional.national.föederal – Zur Beziehung politischer Ebenen in Österreich, Wien, 159–172.
- Dolezal, Martin (2021). Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016; in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft/Austrian Journal of Political Science*, 50(2), 1–13.
- Dolezal, Martin/Swen Hutter (2007). Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36(3), 338–352.
- ESS (2020). European Social Survey Cumulative File, ESS 1–9. Data file edition 1.0. NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC, Bergen.
- Fairkabeln (2021). Was ist Fairkabeln? Abgerufen am 27.11.2021 unter <https://www.fairkabeln.at/infos>.
- Fallend, Franz (2019). Vom Finanzskandal zur „Normalisierung“. Eine Analyse der Salzburger Landtagswahlen 2013 und 2018, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser (Hg.): *Salzburger Jahrbuch für Politik* 2018, Wien, 9–48.
- FPÖ (2009). Mut zur Heimat (= Wahlprogramm Landtagswahl 2009), Salzburg.
- FPÖ (2013). Jetzt Schnell: Weil wir ihm vertrauen! Damit Heimat wieder Zukunft hat! (= Wahlprogramm Landtagswahl 2013), Salzburg.
- FPÖ (2018). Das Freiheitliche Programm für Salzburg (= Wahlprogramm Landtagswahl 2018), Salzburg.
- Grüne (2009). Neue Energie für Salzburg. Das grüne Wahlprogramm (= Wahlprogramm Landtagswahl 2009), Salzburg.
- Grüne (2013). Für ein sauberes Salzburg (= Wahlprogramm Landtagswahl 2013), Salzburg.
- Grüne (2018). Aus Verantwortung für Salzburg. Grünes Wahlprogramm Salzburg 2018 (= Wahlprogramm Landtagswahl 2018), Salzburg.
- Gutschik, Reinhold/Patrick Horvath/Rupert Weinzierl (2007a). Konflikte um Infrastrukturprojekte in Österreich. Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft, in: *SWS-Rundschau*, 47(2), 218–242.
- Gutschik, Reinhold/Patrick Horvath/Rupert Weinzierl (Hg.) (2007b). Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte. Kosten und Konsequenzen für Österreich, Innsbruck.
- Harcup, Tony/Deirdre O’Neill (2017). What is News?, in: *Journalism Studies*, 18(12), 1470–1488.
- Hetz, Siegfried (2019). Zum Ausbau der 380-kV-Salzburgleitung: Eine Entscheidung ist längst überfällig, in: *Wirtschaftsnachrichten West. Unabhängiges Wirtschaftsmagazin für Salzburg, Tirol und Vorarlberg*, 14(1–2), 92–93.
- ISA Institut für Strategieanalysen/SORA Institute for Social Research and Consulting (2009). Wahltagsbefragung Landtagswahl Salzburg 2009.
- Kleine Zeitung (24.6.2009). 380-kV-Leitung wird am Dienstag aktiviert, 23.
- Koopmans, Ruud/Dieter Rucht (2002). Protest Event Analysis, in: Bert Klandermands/

- Suzanne Staggborg (Hg.): *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis, 231–259.
- Kronen Zeitung [Salzburg] (3.3.2008). Es ist eine gewaltige Mehrheit, 16.
- Kronen Zeitung [Salzburg] (22.11.2008). „Das Erdkabel für die 380-kV-Leitung quer durch das Land muss her!“, 14.
- Kurier (29.1.1996). 93,5 Prozent gegen 380-kV-Ringleitung, 11.
- List Rechtsanwalts GmbH (2019). JA zu Erdkabeln – NEIN zu umweltbelastenden Hochspannungsmasten. Energiewirtschaft soll den umweltbelastenden Hochspannungsmasten ein Ende setzen. Online-Petition an das Europäische Parlament. Abgerufen am 28.11.2021 unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190422_OTS0023/ja-zu-erdkabeln-nein-zu-umweltbelastenden-hochspannungsmasten.
- Meyer, David S./Sidney Tarrow (1998). A Movement Society: Contentious Politics for a New Century, in: David S. Meyer/Sidney Tarrow (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham, 1–27.
- NEOS (2018). 9 1/2 Punkte für mehr Salzburg – Geht ned, gibt's ned (= Wahlprogramm Landtagswahl 2018), Salzburg.
- O'Neill, Deirdre/Tony Harcup (2009). News Values and Selectivity, in: Karin Wahl-Jorgensen/Thomas Hanitzsch (Hg.): *The Handbook of Journalism Studies*, New York, 161–174.
- ÖVP (2009). Wir handeln. Salzburg profitiert! (= Wahlprogramm Landtagswahl 2009), Salzburg.
- ÖVP (2013). Klartext – Mut zu Reformen – Salzburg neu regieren (= Wahlprogramm Landtagswahl 2013), Salzburg.
- ÖVP (2018). Unser Salzburg. Sichere Zukunft voller Chancen (= Wahlprogramm Landtagswahl 2018), Salzburg.
- openPetition (2019). Ja zu Erdkabeln – Nein zu umweltbelastenden Hochspannungsmasten. Abgerufen am 5.2.2022 unter <https://www.openpetition.de/petition/online/ja-zu-erdkabel-nein-zu-umweltbelastenden-hochspannungsmasten>.
- Paulitsch, Angelika (2021). Verwaltungsgerichtshof bestätigt UVP-Genehmigung für 380-kV-Salzburgleitung, in: *Nachhaltigkeitsrecht. Zeitschrift für das Recht der nachhaltigen Entwicklung*, 1(1), 73–87.
- Pausch, Markus (2020). Der Widerstand gegen die 380-kV-Leitung in Salzburg, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser (Hg.): *Salzburger Jahrbuch für Politik 2020*, Wien, 270–289.
- Plasser, Fritz/Gilg Seeber (2017). Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich, in: Ludger Helms/David Wineröther (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage*, Baden-Baden, 337–364.
- Salzburger Landeskorrespondenz (14.12.2015). UVP-Verfahren abgeschlossen – 380-kV-Leitung in erster Instanz genehmigt. Abgerufen am 21.2.2022 unter https://service.salzburg.gv.at/ikorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55820.
- Salzburger Nachrichten (23.7.2001). Der Standpunkt, 1.
- Salzburger Nachrichten (29.9.2006). Die Parteien zu 380 kV, 2.
- Salzburger Nachrichten (29.12.2007). Erdkabel gefordert, L8.

- Salzburger Nachrichten (29.1.2008). Der Standpunkt, 1.
- Salzburger Nachrichten (30.1.2008). Der Standpunkt, 1.
- Salzburger Nachrichten (10.4.2008). Kabelkämpfer geben sich nicht geschlagen, L2.
- Salzburger Nachrichten (28.4.2008). 380-kV: Salzburger für härtere Gangart der Politik, L2.
- Salzburger Nachrichten (23.5.2009). Ein Transitland muss sich teuer verkaufen, 1.
- Salzburger Nachrichten (2.1.2010). Bürgerbeteiligung ist oft mühsam, 1.
- Salzburger Nachrichten (14.5.2010). 380-kV-Leitung: Jeder Zehnte direkt betroffen, L2.
- Salzburger Nachrichten (23.6.2012). Auf dem Gipfel der leeren Worte, 1.
- Salzburger Nachrichten (10.8.2013). Reden wir übers Geld in der Chefetage, 1.
- Salzburger Nachrichten (14.6.2014). Trockenes Brot statt Gugelhupf in Salzburg, 1.
- Salzburger Nachrichten (18.7.2017). Immer öfter sollen es die Richter richten, 1.
- Salzburger Nachrichten (28.6.2018). Giftige Dreckschleudern, weil einer schläft, 1.
- Salzburger Nachrichten (23.8.2019). Lange Verfahren produzieren nichts als Stillstand, 1.
- Salzburger Nachrichten (21.10.2020). Lehren aus dem Streit um die 380-kV-Leitung, 1.
- Salzburger Nachrichten (4.8.2021). „Akrobaten“ bauen die neue Stromleitung, L6.
- Scherrer, Walter (2019). Der Salzburger Finanzskandal, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2018, Wien, 142–177.
- SORA Institute for Social Research and Consulting/ISA Institut für Strategieberatungen (2013). Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Salzburg 2013.
- SORA Institute for Social Research and Consulting/ISA Institut für Strategieberatungen (2018). Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Salzburg 2018.
- SPÖ (2009). Salzburg schaut nach vorn! Das neue Programm der Salzburger SPÖ (= Wahlprogramm Landtagswahl 2009), Salzburg.
- SPÖ (2013). Besser machen. Zukunft für Salzburg. Das Wahlprogramm der Salzburger SPÖ für die Landtagswahl 2013, Salzburg.
- SPÖ (2018). Meine Garantie: Rückhalt, Sicherheit und ein gutes Leben (= Wahlprogramm Landtagswahl 2018), Salzburg.
- Steenbergen, Marco R./David J. Scot (2004). Contesting Europe? The salience of European integration as a party issue, in: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.): European Integration and Political Conflict, Cambridge, 165–192.
- Stronach, Team (2013). Team Stronach bringt Sauberkeit & Kontrolle in Salzburgs Politik (= Wahlprogramm Landtagswahl 2013), Salzburg.
- Thalmayr, Christian (2010). Interessenkonflikte um die Errichtung einer 380-kV-Leitung in Salzburg, in: Herbert Dachs/Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2010, Wien, 179–200.
- Verbund (2000). Stromleitungen können umweltschonend gebaut werden, 17.05.2000. Abgerufen am 13.11.2021 unter <https://www.verbund.com/de-de/ueber-verbund/news-presse/presse/2000/05/17/stromleitungen>.
- Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen (2021). MA 20/21. Abgerufen am 29.11.2021 unter <https://www.media-analyse.at/table/3605>.
- Verein atomstopp – atomkraftfrei leben (2008). atomstopp, VIRUS: Atomstrom ver-

- sucht heimische Stromnetze! Massive Proteste begleiten den Bau neuer 380 kV-Leitungen in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland und Steiermark. Abgerufen am 28.11.2021 unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080424_OTS0142/atomstopp-virus-atomstrom-verseucht-heimische-stromnetze.
- Verwaltungsgerichtshof (2020). Ro 2019/04/0021 ua. vom 15. Oktober 2020. Abgerufen am 11.11.2021 unter https://www.vwgh.gv.at/rechtsprechung/aktuelle_entscheidungen/2020/Ro_2020040021_ua.pdf?7rln7i.
- Weinzierl, Rupert (2007). Die 380 kV-Leitung zwischen Rotenturm und Zwaring („Steiermarkleitung“), in: Reinhold Gutschik/Patrick Horvath/Rupert Weinzierl (Hg.): Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte. Kosten und Konsequenzen für Österreich, Innsbruck, 69–96.
- Wirtschaftskammer Salzburg (2007). Sozialpartner WKS und AK Salzburg legen Resolution vor: Stromversorgung in Salzburg sichern! Stromkapazitäten ausbauen, Netzstrukturen sichern, Strom sparen und auf die Zukunft setzen. Abgerufen am 28.11.2021 unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070108_OTS0098/sozialpartner-wks-und-ak-salzburg-legen-resolution-vor-stromversorgung-in-salzburg-sichern.
- Wirtschaftskammer Salzburg (2014). Leistungsfähige, sichere und kostengünstige Leitungsinfrastruktur ist unverzichtbar. Salzburger Sozialpartner und Industriellenvereinigung nehmen Stellung zur Frage der 380-kV-Leitung in Salzburg: AK, WKS, ÖGB und IV vertrauen auf ein rechts-staatlich korrektes Verfahren! Abgerufen am 28.11.2021 unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140530_OTS0064/leistungsfaeihige-sichere-und-kostenguenstige-leitungsinfrastruktur-ist-unverzichtbar.